

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

32 (10.2.1910) 1. Blatt



# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Abolagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 8,25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, 8,67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p><b>Beilagen:</b>  <b>„Stern und Blumen“</b>          Einmal wöchentlich; das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt  <b>„Blätter für den Familienkreis“</b>          Zweimal wöchentlich; das vierseitige Unterhaltungsblatt</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Neulagen 60 Pfg. Sozialanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittelungsstellen an.          Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).          Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Druck- und Verlagsanstalt der „Badischen Zeitung“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>	<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: R. Theodor Weyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Vogel; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für Anzeigen und Neulagen: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>

### Will man denn durchaus Skandal herbeiführen?

(Schluß.)  
 Die „Bad. Landeszeitung“ behauptet, daß „A. d. l.“ nicht in Betracht kommen, weil die öffentliche Behandlung dieser Fälle in keiner Weise auf Einzelheiten einzugehen erlaubt. Wenn also auf Einzelheiten eingegangen würde, dann kämen auch nach ihrer Meinung „A. d. l.“ in Betracht. Nur dürften es bloß „A. d. l.“ auf die Eltern der mißbrauchten Mädchen sein. Wenn sich das Blatt die Sache noch einmal überlegt und dabei insbesondere recht lebhaft den Fall sich denkt, von den Männern, welche hinter ihm stehen, wäre der eine oder andere mit seiner Familie selber mit einem so traurigen Falle in Mitleidenschaft gezogen, so kommt es vielleicht selbst auch zu der Meinung, daß noch andere „A. d. l.“ zu nehmen sind, als nur die auf „die Eltern der mißbrauchten Mädchen“.

Selbstredend hat es niemand in der Hand, in welchen Grenzen die öffentliche Behandlung dieser Fälle sich bewegt, wenn sie einmal begonnen hat. Nicht einmal in der Kammer selbst lassen sich die Grenzen genau festlegen. Man übersehe doch nicht, daß in der Kammer verschiedene Parteien sind und nicht jede mit gleichen Anschauungen und Stimmungen solchen Angelegenheiten gegenübersteht. Auch wenn etwa der Senatorenkonvent sich auf bestimmte Grenzen geeinigt hätte, in welchen die parlamentarische Erörterung sich bewegen sollte, hätte man nicht unbedingt Verlaß, daß es auch allseitig so gehalten würde. Erörterungen in der Kammer werden aber zweifellos solche in der Presse folgen. Und wer wäre in der Lage, dafür einzustehen zu können, daß Press-Erörterungen in ganz bestimmten Grenzen gehalten werden?

Was will nun wohl die „Bad. Landeszeitung“ mit der von ihr verlangten öffentlichen Erörterung bezwecken? Darüber spricht sie an verschiedenen Stellen, aber nirgends mit voller Offenheit. Gleich eingangs des Artikels sagt sie:

„Es geht die Behandlung des Etats der Mittelschulen in der zweiten Kammer heran und da wird es Zeit, daran zu erinnern, daß die Öffentlichkeit ein großes Interesse daran hat, zu erfahren, welche Schritte von der Schulverwaltung getan wurden, um nach Möglichkeit Fälle a la R. Taubertshofheim und H. Waldshut hintanzulassen, mindestens aber nicht zu einer derartigen Ausdehnung gelangen zu lassen, wie sie in beiden Fällen festzustellen ist.“

### Zum Kampfe um Karl May

berichtet die „Freie Stimme“ folgende weitere Erklärungen:

**Adolfzell, 4. Febr.**  
 Wir geben nunmehr folgender neuen Erklärung Karl Mays Raum:

„Zur Erklärung des Herrn R. Böllmann in Nr. 23 Ihres Blattes habe ich folgendes zu sagen: Das Herr Ansgar Böllmann eine „Serie von Aufsätzen“ gegen mich schreiben will, kann mich nur freuen, wenn es mich dadurch endlich einmal Klarheit und Wahrheit gebracht; nur hätte er um seiner Willen einen weniger glänzenden Titel wählen sollen. Ich hoffe, daß die Redaktion, welche seine Angriffe aufnimmt, auch meinen Antworten Platz gewährt und ich nicht, um nur auch zu Worte zu kommen, zu Flugblättern greifen muß, die mir kaum Nutzen bringen werden.“

Herr Böllmann stellt fest, daß die Enthüllungen des Lebus nicht aus literarischem Interesse geschehen sind, nur er allein feststellen. Böllmann scheint also in so langer Beziehung zu Lebus zu stehen, daß er es wagen darf, sich mit ihm zu identifizieren. Das selbe nun ich hier fest, denn es ist von allergrößter Wichtigkeit für das, was nun von seiner und von meiner Seite kommen wird. Lebus und Böllmann Hand in Hand gegen mich Lebus, der sich öffentlich rühmt, aus der christlichen Kirche ausgetreten zu sein, und der hochwürdige Herausgeber der „Gottesmühle“, Lebus, der im Jahre 1904 große Summen Geldes von mir verlangte, 3000 Mk. 6000 Mk. 10 000 Mark, um mich und meine Bücher dafür in allen Zeitungen zu loben und zu preisen, und, als er nichts der Zeitungen aufgebracht hat, auf mich loszuschlagen, und Adolf Lebus, der wegen seiner Artikel gegen mich aus einem Buß von Verleumdungsprozessen nicht mehr herausgelassen kam, und Ansgar Böllmann als sein Gefährten- und Nachfolger in Verleumdungsprozessen und Verleumdungsprozessen! Hat man so etwas auf der Erde? Et. Martin in Weimar für möglich? Dies die einzige Frage für jetzt; später frage ich mehr! Für heute beziehe ich nur die von ihm aufgestellten fünf Punkte:

1. „Daß ich die „unschöne und häßliche“ Art und Weise meiner Eheführung nicht leugne, ist nicht wahr. Wohl und verständig verfahren, wie wohl kaum ein zweiter von Weimar mit meiner Eheführung zu tun? Was sehen ihn rechtstänig geschiedene Ehefrauen an? Wäre

Zweifellos wäre „die Schulverwaltung“ froh und dankbar, wenn jemand ihr sagen könnte, mit welchen „Schritten“ solches sicher erreicht werden kann. Zweifellos wäre sie ohne weiteres bereit, solche sicher wirkenden „Schritte“ zu tun. Auch andere Kreise wären froh darüber. „Die Schulverwaltung“ ist ja durchaus nicht der einzige Interessent an einer solchen Frage und deren Lösung.

Es muß aber auch gesagt werden, daß es eine Frage für das ganze Unterrichtsgebiet ist, wo immer Lehrer und Schüler eine Rolle spielen: Schüler überhaupt, keineswegs bloß Schülerinnen. Und es handelt sich bei der Frage durchaus nicht bloß um sittliche Verirrungen, die von Lehrern ausgehen können, sondern auch um andere, deren Schüler zum Opfer fallen können. Es ist also eine sehr umfangreiche Frage. Ein Parlament würde sich geradezu bloßstellen, wenn es sie nur wie eine Frage Waldshut-Taubertshofheim oder vielleicht noch wie eine Frage der Realhöfen behandeln wollte. Und wollte man dabei auf Einzelfälle abheben, wenn auch nur in dem Sinne, daß Anstalten oder Schulen angezogen würden, an welchen Fälle solcher Art registriert werden müßten, so wären neben Waldshut und Taubertshofheim sofort verschiedene andere Orte zu nennen und die Vorkommnisse an denselben näher ins Auge zu fassen. Leider käme man gar nicht in Verlegenheit, wenn man noch andere Fälle namhaft machen sollte. Sie sind ja gar nicht selten, wenn auch nicht alle gleich gelagert. Man braucht auch nicht in eine ferne Vergangenheit zurückzugreifen, um charakteristische Vorkommnisse aufzufinden.

Je mehr man sich solchen vorhält, desto mehr müssen einem Zweifel kommen, ob eine öffentliche Kammerbehandlung überhaupt geeignet ist, eine so große, wichtige und zugleich auch schwierige Frage einer sachgemäßen und sachdienlichen Erörterung zu unterziehen.

Die „Bad. Landeszeitung“ und ihre Sintermänner im vorliegenden Falle wollen das auch nicht. Ihnen ist es offenbar um ganz anderes zu tun. Das Blatt schreibt in Sachen Taubertshofheim, nachdem es dem dortigen katholischen Pfarrer nachgesagt, derselbe habe von den in Frage kommenden Verleumdungen gewußt, aber nichts getan, um ihnen ein Ende zu machen:

„Hat nun, so wäre die Schulverwaltung zu fragen, der Stadtpfarrer und Religionslehrer Epp von Oheim bis zum 14. Juli, dem Tage der Verhaftung R., irgend etwas getan, um sie in den Stand zu setzen, dem Verbrecher das Handwerk zu legen?“

Und an anderer Stelle schreibt es in Sachen des Waldshuter Falles:

„Und in Sachen Waldshut wäre die Schulverwaltung

zu fragen, was der dortige Stadtpfarrer und Religionslehrer ihrer Kenntnis nach von dem Falle Friedrich wußte, bevor der Verbrecher in Haft genommen wurde, ob er Schritte getan hat, um den Mann zu befehlen und welche Vor schläge er gemacht hat.“

Der so sich ausdrückt, der vertritt die Ansicht, daß die Religionslehrer an solchen Anstalten die Pflicht haben, derartige Verleumdungen von Anstalts-Lehrern zur Kenntnis der Schulverwaltung zu bringen und eventuell „Vor schläge“ zur Abhilfe zu machen. Wenn diese Anschauung richtig wäre, dann hätten die Religionslehrer ein gewisses Aufsicht's-Amt über das übrige Lehrpersonal solcher Anstalten, müßten demselben also, wenigstens nach die- ser Seite hin, übergeordnet sein. Will die „Bad. Landeszeitung“ im Ernste diesen Standpunkt vertreten?

Wenn ja, dann müßte sie in dem Falle, daß weder der eine noch der andere „Religionslehrer“ in der von ihr hervorgehobenen Weise eingeschritten ist, sich bedrückt erklären, wenn der Unterrichts- und Staatsminister etwa antwortete:

„Zum Bedauern der Unterrichtsverwaltung haben beide Religionslehrer der Schulverwaltung den pflichtmäßigen Bericht mit „Vor schlägen“ zur Abhilfe nicht erstattet.“

Weiden Herren gegenüber ist ob dieser Pflicht-Verjämmerung das Mitleid geschehen.

Zunächst ist Anlaß genommen worden, die Religionslehrer neuerdings auf ihre Pflicht hinzuweisen und deren genaue Erfüllung im gegebenen Falle einzuschärfen.“

Wären „Bad. Landeszeitung“ und deren Sintermänner mit einer solchen Art, die Sache zu behandeln, einverstanden. Wir möchten es bezweifeln. Jedenfalls würden andere Kreise sich dagegen verwahren. Es erübrigt nicht notwendig, diese Kreise namhaft zu machen und etwa näher darzulegen, warum sie sich dagegen verwahren würden.

Wenn es nun aber eine amtliche Verpflichtung solcher Art für die Religionslehrer nicht gibt und nicht geben kann, dann ist Interpellationen an die Regierung, wie sie im vorliegenden Falle von der „Bad. Landeszeitung“ geradezu verlangt werden, von vornherein jeder Waden entzogen.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Religionslehrer können und werden es nicht interesselos hinnehmen, wenn sie Schüler oder Schülerinnen sittlichen Gefahren ausgesetzt sehen. Sie müssen und werden auf Mittel und Wege bedacht sein, solche Gefahren zu beseitigen. Welche Mittel und Wege sie dabei wählen, muß ihrem eigenen gewissenhaften Ermessen anheim gegeben bleiben. Es kann durchaus nicht angegeben werden, daß eine Anzeige an

amtlicher Stelle oder eine Strafanzeige im engeren Sinne des Wortes als der einzige Weg der Abhilfe bezeichnet werde kann, den ein Religionslehrer in solchen Fällen einschlagen soll. Es kann sogar sein, daß er gerade diesen Weg als nicht gangbar betrachten muß. Da keinerlei besonderer Anlaß zu weiteren Erörterungen dieses Gedankens vorliegt, können sie unterbleiben.

Die den Gefahren für die Sittlichkeit seiner Schüler, so muß der Religionslehrer auch den Gefahren für ihren Glauben keine ganze Aufmerksamkeit widmen und gegebenen Falles Mittel und Wege zur Abwehr in Erwägung ziehen, ob nun solche Gefahren von Lehrern selber ausgehen oder von anderer Seite. Wer nun den Religionslehrern so weitgehende Pflichten auferlegt haben will wie die „Bad. Landeszeitung“, der sollte nicht dabei betroffen werden, daß er einen Religionslehrer bekennt, wenn derselbe sich bemüht, Gefahren für den Glauben seiner Schüler zu beseitigen.

Und soll wirklich eine „öffentliche Erörterung“ bestimmter Vorkommnisse wider die Sittlichkeit an der einen oder anderen Schule stattfinden, so wird es ganz zweckmäßig sein, eine Erörterung der Gefahren für den Glauben der Schüler damit zu verbinden.

Uebrigens ist es der „Bad. Landeszeitung“ und ihren Sintermännern in der vorwärtigen Angelegenheit um ganz bestimmte Zwecke zu tun, die namentlich in Taubertshofheim erreicht werden sollen. In dieser Hinsicht muß man kommen, wenn man die Verantwortungen mit Aufmerksamkeit liest. Es heißt in dem Artikel der „Bad. Landeszeitung“ an einer Stelle:

„Es ist vor Monaten schon an dieser Stelle gesagt worden, daß im Interesse der Reinhaltung unserer Schulen diese Fragen aufgeworfen werden müssen, deren rüchhaltige Beantwortung ein niederwertiges Urteil über die Aufzuchtswelt und Art der Behandlung der in Betracht kommenden Vorkommnisse in gewissen Kreisen herbeiführen könnte.“

So in Nr. 66 der „Bad. Landeszeitung“ vom 4. Februar. Und in Nr. 61 vom 7. Februar findet sich folgende kurze Auslassung, die wie ein Nachtrag sich ausnimmt:

„Mit Bezug auf den Artikel Taubertshofheim und Waldshut in Nr. 66 der „Badischen Landeszeitung“ wäre noch zu bemerken, daß Stadtpfarrer Epp auch Vertrat der Realhöfen ist.“

Also nicht nur als Reallehrer, sondern auch als Vertrat der Schule hätte Epp rechtzeitig gegen R. auftreten müssen.“

„In gewissen Kreisen!“ Auf diese „gewissen Kreise“ ist es offenbar abgesehen. Daß der Herr Stadtpfarrer Epp dazu gehört, kann nicht zweifelhaft sein. In Taubertshofheim selbst wird man

er da nicht viel besser bei seiner „Gottesmühle“ geblieben?

2. Meine Versicherung, daß ich niemals katholisiert habe, soll eine „bodenlose Unverschämtheit“ von mir sein. Wenn Böllmann sich in derartigen Ausdrücken weiterbewegt, und alles an mir als „bodenlos“ bezeichnet, kann er allerdings sehr leicht ins Bodenlose geraten. Man nenne mir einen Menschen, den ich jemals „katholisiert“ habe. Ich bin „Christ“, kann also in jedem Literaturländer bezeichnet sein, sei er protestantisch oder katholisch. Kann das Vater Böllmann nicht begreifen? Wenn ich mich in einem Privatbrevier als Katholik bezeichnet habe, so besah ich hierzu genau dasselbe Recht, welches ich jetzt in diesem Augenblicke besitze, mich der Verbindung Pater Ansgar Böllmann-Lebus-Rindmeyer gegenüber als Protestant zu bezeichnen. Böllmann gebe die Stellen meiner Klammern genau an, wo ich mich „katholisch gebildet“ habe. Daß ich spirituell sei, hat er sich eben von seinem Freunde Lebus, dem aus der Kirche Geketenen, wehmannen lassen. Und daß ich im Jahre 1900 entlarvt worden bin, ist eine Salbung nur einiger weniger Personen, die man ruhig reden läßt, weil sie sonst ganz passable Menschen sind.

3. Wenn ich gesagt habe, daß ich niemals Kolportage-schriftsteller gewesen sei, so habe ich damit ganz selbstverständlich gemeint, daß ich niemals Kolportageromane geschrieben habe. Selbst was ich einst für Rindmeyer schrieb, war etwas ganz anderes. Böllmann lege mir meine Rindmeyer'schen Originalmanuskripte vor; dann mag er über sie sprechen, sonst aber nicht!

4. „Ich verleihe nicht in hohen und ersten Gesellschafts-freien“, ist richtig und selbst richtig. Einmal „eingeladen“ werden oder dort „verkehren“ ist ein Unterschied. Bei diesen Unterschieden mißbraucht, ist ein Fälscher. Und wer von mir behauptet, daß ich mich habe zu Gasten laden lassen, der ist noch schlimmer als ein Fälscher. Daß ich mein Drama „Nabel und Bibel“ nach Wien geschickt habe, um es prüfen zu lassen, gebe ich sehr gerne zu. Ist das etwa eine Sünde? Und geht das Vater Böllmann etwas an? Es war doch wohl mein Drama, welches ich hinsichtlich, nicht etwa eines von ihm! Auch gebe ich unter-halten zu, daß ich zu Deutschamerikanern, welche mit ihrem Englisch paradedeuten wollen, zu sagen pflegte: „Wir sind in Deutschland, sprechen wir also deutsch!“ Ich halte eben meine Muttersprache hoch. Ist das etwa eine Sünde?

5. Böllmann bezeichnet meinen harmlosen „Doktor“ als großen Unflug. Schade, daß er in der Terminologie des

den Autor von „Waldröschen“, von der „Liebe des Mannen“, von „Verlorenen Sohn“ usw. das Recht auf rüchhaltige Behandlung nehmen.

Aber nicht in dieser feiner Kampfesweise, die allgemein bekannt ist, sehe ich das „Wertvolle“ der Gegen-erklärung Mays, sondern in der Tatsache, daß sämtliche fünf von mir vorgebrachten Punkte ihre volle Befähigung gefunden haben. Ich wiederhole:

1. Karl May hat sich von seinem rechtmäßigen Weibe nach 23jähriger Ehe scheiden lassen, um eine andere heimzuführen. Abschalt die literarische Kritik um diese Angelegenheit kümmert? Nun, weil der subjektivste May selbst es ist, der mit seinen Aufnahmegeräten die Angelegenheiten seines Hauses vor das Forum der Öffentlichkeit gerückt hat und der seine Gattin in jenen bekannten öffentlichen Schaustellungen seiner Person in großen Städten vorgeführt und nur durch seine Ehescheidung nachträglich in um so größere Schande gestürzt hat; weil er selbst sich in seinen Werken als ein Ausbund himmlischer Tugendhaftigkeit anpreist, und weil selbst katholische Kritiker (z. B. Heinrich Wagner) in Unkenntnis der Sachlage der zweiten Frau Mays allerlei Dithyramben gewidmet haben. Uebrigens: bei uns zu Lande findet man eine solche Ehescheidung keineswegs „human“, sondern allezeit „häßlich und ungesund“.

2. Darin hat May recht, daß ich wohl besser bei meiner „Gottesmühle“ geblieben wäre, aber es muß sein: uns jammert des deutschen Volkes, das dieser literarische Freibeuter verdirbt, und darum drehen wir den Strich, um diesen Händler aus dem Tempel der deutschen Kunst hinauszupfechten.

3. May gibt zu, was er früher so lange geleugnet hat, daß er sich als Katholik in dem Literaturländer hat aufzuführen lassen. Wenn er meint: „Ich bin Christ, kann also in jedem Literaturländer bezeichnet sein, sei er protestantisch oder katholisch“, so genügt uns dieses Bekenntnis vollkommen. Also: „Ganz wie's trifft!“ Nein, noch schlimmer: denn Kirchner ist ein protestantischer Herausgeber und bei ihm hat sich May als Katholiken bezeichnet.

4. Den lächerlichen Satz: „Man nenne mir einen Menschen, den ich jemals „katholisiert“ habe“, fahre ich hier nicht nur der unverschämten Komik wegen, die daran steckt, an, sondern weil der „Bad. Landeszeitung“ bringt: Vor einem unüberwindlichen Beweis gestellt, daß er in der Tat „katholisiert“ habe, macht Herr May ein dummes Gesicht und wendet das Wort „katholizieren“ gegen jeden vernünftigen Sprachgebrauch an. In unse-



nahezu gewiß wissen, wer sonst noch dazu gerechnet werden muß. Man wird aber auch wissen, bei wem jene „bestimmten Kreise“ in Ungnade stehen. Bieleicht hätte es auch für die größere Öffentlichkeit Interesse, Genaueres darüber zu erfahren und insbesondere über die Gründe unterrichtet zu werden. Wahrscheinlich würde es wesentlich dazu beitragen, die gegenwärtige Aktion der „Bad. Landeszeitung“ und ihrer Hintermänner in die richtige Beleuchtung zu rücken.

## Deutschland.

Berlin, 10. Februar 1913.

**Der Kampf gegen den Volksverein.** Der Danziger Polizeipräsident hat an die Schuttmannschaft aufgrund der allgemeinen Dienstvorschrift das Verbot ergehen lassen, den Volksverein für das katholische Deutschland beizutreten. In den Dienstvorschriften heißt es, daß die Erlaubnis, einem politischen Verein beizutreten, im allgemeinen Dienstinteresse nicht erteilt wird. Die „Kreuzzeitung“ findet dieses Verbot ungerechtfertigt, da der Volksverein ein katholischer Bildungverein sei und alle Statuten umfasse. Die „Fr. Ztg.“ dagegen stimmt dem Verbot zu, sehr freisinnig!

**Nationalliberales.** Der nationalliberale „Hannov. Courier“ schrieb am Tage vor dem konservativen Parteitage in Hildesheim:

„Die Konservativen Hannovers halten heute, am 6. Februar, in Hildesheim, also in der beiderseitigen Vereinigung mit den Ultrakonstanten stehen und — man denke! — mit sozialdemokratischer Unterstützung ein Reichstagsmandat erhalten haben, einen „allgemeinen konservativen Parteitag“ für die Provinz Hannover“ als konservative, freikonservertive, Bündler, Antisemiten und Leute verwandter Herden ab eingeladen.“

Dafür dient ihm der „Vorwärts“ folgendermaßen:

„Hiernach entrichten sich die Nationalliberalen über die sozialdemokratische Unterstützung. Das ist eine unübersehbare Heuchelei. Die Nationalliberalen selbst haben um die sozialdemokratische Unterstützung in Hildesheim in entscheidender Weise getätigt. Es ist eine Deputation von Hildesheim nach Köln geschickt, um die dortigen Nationalliberalen aufzufordern, für die Sozialdemokratie zu stimmen, damit die Hildesheimer Sozialdemokraten für die Nationalliberalen stimmen könnten. Aber noch mehr! Der nationalliberale Kandidat ließ im Wahlkreis nach der Hauptwahl in Flugblättern erklären, daß er die sozialdemokratischen Stichwahlforderungen erfüllen werde! Endlich aber ist von Nationalliberalen ein Flugblatt verbreitet worden, in dem der Wahrheit zuwider erklärt wurde, daß das sozialdemokratische Wahlkomitee sich für die Unterstützung der Nationalliberalen entschieden habe! Als Unterstützung setzte man unter die legendärste Behauptung: „Das sozialdemokratische Wahlkomitee“ und jetzt kommen die Nationalliberalen her und weisen mit Fingern auf die sozialdemokratische Unterstützung hin, die sie mit allen möglichen unläuterer Mitteln selbst erreicht wollten!“

**Der Alldeutsche Verband an den Reichskanzler.** Der Geschäftsführende Ausschuss des Alldeutschen Verbandes hat zu dem Mühlheimer Schreiben an den Reichskanzler und dessen Antwort hierauf Stellung genommen. Der Ausschuss mißbilligt die Form des Mühlheimer Schreibens, identifiziert sich aber mit dessen Inhalt! Es wurde beschlossen, folgenden Antwortschreiben an den Reichskanzler abzugeben:

„Wir, die Geschäftsführende Ausschuss des Alldeutschen Verbandes, begrüßen den Inhalt des Mühlheimer Schreibens an den Reichskanzler und dessen Antwort hierauf als ein Zeugnis für den unerschütterlichen Willen der Alldeutschen, den Reichskanzler durch ihren unerschütterlichen Willen zu zwingen, daß der Alldeutsche Verband sich zu der unüberwindlichen Aufgabe der Rheinisch-Westfälischen Vertrauensmänner vom 31. Januar d. J. folgende Stellung einnehmen hat: Der Ausschuss kann die Form jener Entschließung nicht billigen. Er betrachtet indes die Entschließung als einen Ausdruck der ernsten Sorge um die ausmachende Politik des deutschen Reiches, einer Sorge, die, wie die Ausführungen des bei weitem überwiegenden Teiles der deutschen Presse anknüpfend der Parteiverordnungen gerade aus diesem Anlaß darthun, von der überwiegenden Mehrheit der Reichsbürger geteilt wird. Der Geschäftsführende Ausschuss weiß sich in dem Wunsch, daß es der Reichsleitung gelingen möge, jener allgemeinen Sorge den Boden bald zu enteignen.“

Doch gerade die Alldeutschen die berufenen Sprecher des deutschen Volkes sein wollen, will man nicht recht verstehen. Wozu haben wir denn einen Reichstags-?

**Konservative und Nationalliberale.** Die Spannung zwischen der konservativen und der

nationalliberalen Partei wird immer schärfer. Die „Kreuzzeitung“ richtet in ihrer Wochenrundschau vom Sonntag heftige Angriffe gegen den Abg. Wassermann und die Nationalliberalen und sätigt hinzu:

„Zu unserer Genugtuung können wir konstatieren, daß die konservative Parteileitung auf der ganzen Linie den Kampf gegen die Nationalliberalen aufnimmt. Damit sind klare Verhältnisse geschaffen, und Herr Wassermann selber wird sich einen Wahlkreis jenen müssen, in dem er auf konservative Unterstützung nicht zu rechnen braucht.“

Auf diese Angriffe antwortet die „Nat.-Lib. Korrespond.“ u. a. wie folgt:

„Die konservativ-agrarische Presse weiß sich seit Monaten kaum eine andere Aufgabe als den Abgeordneten Wassermann in der gehässigsten und persönlichsten Weise anzugreifen. Da sieht man immer wieder auf die ganze bewusste Absicht, den Führer der nationalliberalen Partei persönlich zu verletzen und es beruht unter Umständen nahezu komisch, wenn die „Kreuzzeitung“ nunmehr „konstatiert“: die konservative Parteileitung nähme den Kampf gegen die Nationalliberalen „auf ganzer Linie“ auf. Was soll die Drohung und wen soll sie schrecken? Wir haben bislang geglaubt, daß der Kampf schon lange besthe und uns auf ihn eingerichtet. Die Nationalliberalen leben zu eigenem Recht, und mit Beuten, die sie mit Hohn und Spott überschütten, pflegen sie grundsätzlich sich nicht zu schämen.“

Die „Nat.-Lib. Korrespondenz“ hat es mit letzterem Satz sicher gut gemeint; aber er stimmt nicht. In Baden hat die Sozialdemokratie über den Nationalliberalismus in einer Weise losgezogen, die vielleicht beispiellos dasteht. Man kann doch eine Partei kaum ärger beschimpfen, als wenn man sie einen „Trümmerhaufen“, einen „Skadaber“ nennt, den man verscharren muß, wie das der „Volksfreund“ getan hat. Man kann auch wohl nicht verächtlicher von einer Partei reden, als wenn man sagt, „nationalliberal“ sei ein schöner Name für eine schlechte Sache, wie dies der Demokrat Wendey getan hat. Und doch sehen heute die Nationalliberalen an einem Tisch mit Sozialdemokraten und Demokraten. Das Wort „grundständig“ ist daher hier wohl rein in national-allgemeinem Sinn zu verstehen und heißt: „Wenn es uns nichts nützt.“ Der Satz müßte daher eigentlich so heißen: Mit Beuten, die sie mit Hohn und Spott überschütten, pflegen die Nationalliberalen, wenn es sie nichts nützt, sich nicht zu schämen zu sehen.

**Eine Warnung an die „Bayerische Lehrerschaft.“** Die „M. N.“ wissen in Nr. 65 unter der Ueberschrift „Ein neuer Fall“ zu melden: „Wegen der Haltung der „Bayerischen Lehrerschaft“ in der Reichstagskommission erbat der Schriftleiter, Lehrer M. Meyerhöfer in Nürnberg, von der mittelfränkischen Kreisregierung einen scharfen Verweis. Er hat die geistlichen Schulamtsbeamten zu wenig ehrfurchtsvoll angefaßt. Ob dieser Verweis, wie feinerzeit im Fall Wehl, die Mäßigkeit auf einen Wind von oben. Wir teilen diese Meldung mit, wie sie uns zugeht.“

Dazu bemerkt die „Angsb. Zeitung“:

„Es hat lange, sehr lange gedauert, bis der R. Staatsregierung das unzulässige Treiben und Vorgehen der „Lehrerschaft“ gegen die geistliche Schulamtsbehörde und die dazugehörigen Beamten klar und deutlich wurde. Kein anderer Stand hätte sich eine solche Vorgehensweise vorstellen können, denn die liberalen Lehrerbildner hat man ja nicht, la Lehrerschaft durch die Finger gehen. Das nun besser werden wird? — Wir wagen es nicht zu hoffen!“

## Ausland.

**Schweden.** Das Befinden des Königs von Schweden. Die Berliner schwedische Telegrammstelle berichtet vortritt nachstehendes Telegramm: Der König hat die Nacht gut verbracht und ziemlich gute Ruhe gehabt. Der Zustand ist den Umständen entsprechend durchaus zufriedenstellend. — Die Königin von Schweden ist gestern früh von Stockholm weitergereist. Das Kaiserpaar ließ der Königin bei ihrer Durchreise einen Blumenstrauss überreichen.

**Balkanstaaten.** Zur Kretasfrage. In der bereits gemeldeten Erklärung der Kretasländer wird auch gesagt, daß eine Annexion Kretas durch Griechenland nicht zugelassen werden soll. Die „Zeni Gazetta“ verlangt die sofortige endgültige und gerechte Lösung der Kretasfrage. Die Wieroes-

legung der Insel durch die Schutzmächte genüge nicht allein, um die Gefahren der Zukunft zu beseitigen. — „Adon“ meldet, daß die Pforte demnach die Mächte eine Note überleitet, in der sie erklärt, die Beziehungen der Türkei zu Griechenland könnten vor der endgültigen Lösung der Kretasfrage nicht normal werden. Die Note verlange deshalb eine Abstimmung vor dem Zusammentritt der griechischen Nationalversammlung.

### Frankreich.

**Verbot eines antikirchlichen Buches.** Amtlich wird bekannt gegeben, daß der Primarschulinspektor von Vellej auf Anordnung der Regierung das Buch von Des „Moralische und bürgerliche Erziehung“ für alle Unterrichtsanstalten verboten hat. Das Verbot erfolgte auf Mitteilung des Bischofs von Vellej, der nachwies, daß es die gläubigen Eltern schwer tränte. Das Verbot ist überraschend streng, denn es unterliegt die Verwendung des Buches als „Lehr-, Lern- und Preisbuch“.

### Spanien.

**Eine Kabinettskrise.** Das Kabinett Moret gab seine Entlassung. Mit der Bildung des neuen Kabinetts wurde der Demokrat Canalejas beauftragt. Das neue Ministerium setzt sich wie folgt zusammen: Canalejas Vorkis, Inneres Graf Segesta, Aussen Grafica Prieto, Krieg General Agnar, Marine Maris Miranda, Finanzen Gobiern, Justiz Ruiz Valarino, öffentliche Arbeiten Galbeion, Unterricht Graf Monzonese. Den Vorkamr zu Ministerkrise bildete die kurzliche Beendigung der Befugnisse des Bürgermeisters bei der Ernennung von Beamten. Moret stimmte den Republikanern zu Liebe zu. Monzonese mißbilligte die Konzeption an die äußerste Linke. Der wirkliche Grund sind Streitigkeiten wegen Verteilung der Kammermandate.

## \* Das „Kulturkampfgeschehen“ und der „Volksfreund“.

Unter der prächtigen Ueberschrift „Das Kulturkampfgeschehen“ schreibt der „Volksfreund“ in Nr. 33: „Der „Bad. Beobachter“ und die gesamte Zentrumspresse Baden lehnte sich während der Landtagswahl das schöne Spiel, den bevorstehenden „Kulturkampf“ in Baden möglichst oft zu prophezeien. Da kommt nun das neugegründete Organ des Württemberg-Verbandes, das sich „Zentrum“ nennt, und betaselt den Augen im Streite die folgende tolle Dohse:

„Man kann die Beobachtung machen, daß auf unserer Seite die Mängel Kulturkampf achlos hin- und hergeworfen wird. Nur die Vektoren, die den geschäftlichen Sinn an sich erfahren haben, werden noch innerlich berührt, wenn sie „Kulturkampf“ hören. Man würde sich täuschen, wenn man glaubte, das Schlagwort wäre ein Stichwort für den gesamten Zentrumskampfe. Es kann darum die entgegengesetzte Wirkung haben, wenn man die Erscheinungen im öffentlichen Leben, die Mithände und Uebergriffe, die vom alten Kulturkampfgeschehen ausgehen, als „Kulturkampf“ kennzeichnet. Soll die Aufmerksamkeit der Zentrumskämpfer und der Katholiken im allgemeinen auf die Benachteiligungen und Kränkungen des katholischen Volkselementes gerichtet werden, dann darf es nicht unter der Wendung stehen: Wir stehen mitten im Kulturkampf! Sie wird im eigenen Lager als Ueberhebung empfunden und wirkt ein unangenehmes Licht auf das Zentrumselement, das an sich die schärfste Beobachtung verdient. Von gegenseitiger Seite wirkt man zudem der Zentrumskämpfer vor, daß sie das „Kulturkampfgeschehen“ erbehe, wenn die Wählerchaft ungeduldig werde und aus der allgemeinen Stille zu brechen drohe. Auch auf unserer Seite wird dieser Vorkurs nachgesprochen, wenn man in der Zentrumspresse und in Versammlungenreden bei dem geringfügigsten Anlaß das Schlagwort „Kulturkampf“ zur Hand hat.“

Das Blatt verlangt schließlich, daß man „die entzerrte Mängel aus dem Verkehr ziehen solle.“ Das wird dem „Bad. Beobachter“, der „Freiburger Tagespost“ und dem „Erlinger „Sonnabend“ nicht einfallen. Sie werden weiter mit dem Schlagwort vom Kulturkampf politische Geschäfte zu machen suchen. Vielleicht erleben sie bei der nächsten Landtagswahl damit noch größere Enttäuschung, wie im Oktober 1908.“

Was der „Volksfreund“ hier vom „Bad. Beob.“ und von der übrigen Zentrumspresse schreibt, ist wieder einmal total unwahr und ganz und gar aus den Fingern gelogen. Dem „Bad. Beob.“ ist es gar nicht eingefallen, möglichst oft den Kulturkampf zu prophezeien während der Landtagswahlen. Wir sind nämlich der Ansicht, daß das Kulturkampfprophezeien gar keinen Wert hat. Wir hatten auch während der Landtagswahlen ganz anderes zu tun.

wird sich also um ein Versehen der Zeitungen handeln. Aber da, wo's ihm am wenigsten gefährlich scheint, droht Herr May mit dem Gerichts-Dokument, in denen sich Rebuis als „Doktor“ bezeichnet, besitze ich nicht, wohl aber eine Reihe von Dokumenten, die ich mit Vergnügen „gerichtlich“ deponiere.“ Herr May mag nun durch eine Beschuldigungslage gegen mich das ihm beliebende Amtsgeschäft bezeichnen.

Vielleicht wartet er aber noch ein paar Tage mit der Klage und läßt mich mehr zusammenkommen: denn ich werde ihn in der „Erlanger Zeitung“ gegen die „Allg. Volkszeitung“ den Vorkurs der literarischen Freiheit und eines unsreien Geschäftsgeschehens, und zwar auf Grund von Mitteilungen, die ich für glaubwürdig gehalten habe.

Ich bedauere, das Opfer einer Täuschung geworden zu sein und im Vertrauen auf die Wichtigkeit des mir Mitgeteilten dieses veröffentlicht und weitere Schlußfolgerungen daraus gezogen zu haben...

In der „Erlanger Zeitung“ vom 14. Januar 1902 berichtet ein Herr Fritz Jorde folgendes: „Es ist noch gar nicht lange her, da erzählte mir Karl May eine rührende Episode aus der Geschichte des literarischen Freiheitertums.“ Und dieses besähe in Vertagswidrigkeiten des Vertrages der „Alldeutschen Volkszeitung“, „So erzählte mir Karl May. Er hielt mir freundlich nahe und ist ein Ehrenmann. Ein Prozeß behachte Herrn Jorde eines Verwehens, und am 27. Februar schon war in der gleichen „Erlanger Zeitung“ zu lesen wie folgt: „In Nr. 14 der „Erlanger Zeitung“ vom 14. Januar d. J. erob ich in einem „Eingeländ“ gegen die „Allg. Volkszeitung“ den Vorkurs der literarischen Freiheit und eines unsreien Geschäftsgeschehens, und zwar auf Grund von Mitteilungen, die ich für glaubwürdig gehalten habe.“

Ich bedauere, das Opfer einer Täuschung geworden zu sein und im Vertrauen auf die Wichtigkeit des mir Mitgeteilten dieses veröffentlicht und weitere Schlußfolgerungen daraus gezogen zu haben...  
Fritz Jorde

Professor Dr. Schumann macht in „Dresdener Anzeiger“ dazu die Bemerkung: Wer Herr Jorde geküßelt hat, das unterliegt nach diesen Dokumenten keinem Zweifel.“

P. Augsar Böllmann, D. S. B.

## Theater und Kunst.

**Groß. Hoftheater.** Die Serie der vom Hoftheater gebotenen Karnevalsveranstaltungen erblüht Dienstagabend mit einer Wiederholung der lustigen Operette

als uns mit dem Prophezeien abzugeben, das überhaupt nicht unsere Sache ist. Wir müßten damals befanntlich fortwährend den Finanzreformplänen der liberalen und sozialdemokratischen Presse entgegengetreten.

Dagegen wollen wir dem „Volksfreund“ auch jetzt wieder klar nachweisen, wie er seinen Feinden und der Welt, die ihm glaubt, in ungläubigster Weise Sand in die Augen streut. Der „Volksfreund“ wird uns geben: Wenn wir Katholiken über Kulturkampf klagen, dann haben wir doch noch einigen Anlaß dazu, weil wir tatsächlich einen Kulturkampf durchgemacht haben und heute noch unter Ausnahmebestimmungen zu leiden haben. Wenn aber die Sozialdemokratie, die Feindin der katholischen Kirche, bei den Wahlen über Kulturkampf gegen die Katholiken schreit, dann kann das nur ein Wahlmanöver sein, wenigstens wenn die sozialdemokratische Presse selbst hernach erklärt, daß das eine entwertete Münze sei. Wie sieht nun die Sache nach dieser Richtung? Wer hat Wahlgeschäfte mit der angeblich entwerteten Kulturkampfmünze zu machen geüht?

Vor uns liegt ein sozialdemokratisches Flugblatt vom Jahre 1908.

In diesem heißt es u. a.: „Auch wenn wir ein konsequenter Gegner der Kulturkampfmünze.“ „Wählt keinen Nationalliberalen, die den Kulturkampf wieder aufs neue entfacht und dadurch das Volk von den viel wichtigeren Fragen unjeres Wirtschaftslebens abgelenkt haben.“

Es liegt uns ferner ein Flugblatt vor vom Oktober 1905. In diesem heißt es:

„Die Nationalliberalen treiben nach wie vor ihre verheerliche Kulturkampfpolitik.“ ... „Wähler! Es gilt am kommenden Samstag in Karlsruhe unter allen Umständen den Sieg der Volkspartei zu verhindern. Erhebt euch, wenn ihr Mann für Mann an der Urne und gebt eure Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratischen Redaktion Wilhelm Kolb!“

Ein gleiches Flugblatt mit der Stelle über den Kulturkampf fordert zur Wahl des sozialdemokratischen Rechtsanwalts Dr. Ludwig Frank auf.

Es liegt also die Tatsache vor, daß für die zwei verkehrten Kulturkampfmünzen agitiert wurde, von der Sozialdemokratie agitiert wurde. Denn diese Flugblätter sind vom sozialdemokratischen Wahlkomitee unterschrieben u. herausgegeben, eines davon ist sogar in der Druckerei des „Volksfreund“ hergestellt worden. Und hernach kommt die „Volksfreund“ und will der Zentrumspresse eine Moralpredigt darüber halten, daß die Zentrumspresse die „entwertete“ Kulturkampfmünze zu Unrecht gebrauche. Das ist ein feines Stücklein vom „Volksfreund“. Wie man es im gewöhnlichen Leben nennt, wird er wissen. Wir nennen es Kautskymoral.

Was nun die Kulturkampsparole an sich angeht, so halten wir uns lediglich an die Tatsachen. Sobald Tatsachen — und auch Worte können solche Tatsachen sein — auf Kulturkampfgelüste hinwirken, dann werden wir darauf aufmerksam machen, ob es unjeren Gegnern gefällt oder nicht. Wenn es ihnen nicht gefällt, dann gefällt es uns um so mehr. Wir können die Ausführungen des Wochenblattes „Zentrum“ wenigstens in ihrer Allgemeinheit nicht billigen. Sehen wenigstens nicht ein, inwiefern eine besonderer Anlaß dafür vorliegt, sie niederzuschreiben. Bei uns in Baden bildet der Wort „Kulturkampf“ lediglich eine Erinnerung an das, was gewesen und noch nicht ganz überstanden ist und eine Warnung an das, was kommen kann und sehr nahe liegt. Und wenn das Wort ganz verwinden würde, dann wäre das insofern zu bedauern, als damit zugleich die Erinnerung an Zeiten und Taten verschwinden wäre, welche für die jüngere Generation, welche aus der Geschichte lernen soll, geradezu Lehrmeister sind bezüglich dessen, was uns die Zukunft bringen kann. Und wir müßten wirklich jämmerliche Politiker sein, wenn wir zu einer Zeit, wo Sozialismus und Liberalismus in Frankreich einen Kulturkampf zum Erbarmen durchgeführt haben und durchführen, zur selben Zeit, wo

verstanden. Wir selbst haben unjre Ansichten über Jben an dieser Stelle schon des öfteren geäußert und unterlassen es, sie zu rekapitulieren. Aber nach allen den Neuzerungen, die uns von feinen Seiten zugenommen, scheint die Übergabe hier eine große zu sein, und die „Gespensier“ mit ihrer Weibel-Atmosphäre von frommen Reformismen werden bei vielen Abkommen, auf welche das Stück im höchsten Grade abtöndet und weidlich wirkt, keine Jbensschwärmerei mehr erwecken. Der Stern Jbens, der einst der Jbermentalität und der Augen-scheibenperiode auf der Bühne ein Ende machte, hat seine Sendung längst erfüllt, andere fruchtbarere Gestirne sind an seine Stelle getreten, er ist stark im Erbleiden und nur dann und wann taucht er noch auf, um dann eben so rasch wieder zu verschwinden, bald wird es auch bei ihm heißen: Tempus vastati v. Stedem.

Das V. Konzert des Karlsruhe Streichquartetts fand gestern abend im Museum statt. Zur Ausführung gelangten: Streichquartett D-dur von Mozart, Sonate in G-dur von Brahms (Klavier und Violone) und Streichquartett in C-dur von Haydn. Ueber diese Werke und deren Schöpfer noch etwas Neues sagen zu wollen, nach neuen Ausdrücken für sie zu suchen, wäre verlorene Liebessüßhe. Deren Ausführung durch die Herren Deman, Bühlmann, Müller und Schwanzara war eine makellose, höchst lebenswerte rhythmische Prägnanz, jugendliche Werke dieses Spielers und künstlerische Erklärung waren wieder die herozeragenden Merkmale der Leistungen dieses Quartetts, das, von genanntem rhythmischen Pulschlag befeht, bewundernswürdige Einheit in seine Porträte bringt. In der etwas ernsten, grüblerischen und unweilen düster in der Klangfarbe gestimmten Sonate von Brahms hatte Herr Deman wiederum Gelegenheit, die großen künstlerischen Vorträge seines Spielers im herrlichsten Lichte leuchten zu lassen, sein Instrument sang förmlich unter seinen Händen, und er hatte in der Pianistin Fräulein Paula Scheibel eine ebenbürtige Partnerin; die Dame, die einen Auf in der Künstlerwelt besitzt, scheint zu jenen zu gehören, die nicht selten bleiben, immer wenn man

dem Falle ist aber dieses dumme Gesicht noch verblüffender, weil ja May in seinen Schriften wie in seinen bürgerlichen Leben (besonders aber in seinen sogenannten „Reiseberichten“ im Regensburger „Marienkalender“) mit seinen, in den Rahmen katholischer Terminologie eingepackten „Belegungen“ bis auf den heiligen Tag schmerzlos rechnetert hat.

Wie May jene „wenigen“ (1) Personen, die an seine Entlassung glauben, ruhig reden läßt, zeigen seine päpstlichen Tiraden gegen Dr. Carduaus, Professor Dr. Schumann, Fräulein Schilling und andere.

Der Hinweis auf seine Originalmanuskripte, die May in jenen famosen Bergleichen mit der Firma Mühlheimer auf die Seite zu veröffentlichen nicht will, zeigt, denn gerade seit jenem Bergleichen ist die ganze unpopuläre Mode der Massenkolportageindustriepre auf neue geöffnet worden. Alle diese etwa 25 dickleibigen Bände laufen ungeniert unter May's vollem Namen.

Wir wollen einmal annehmen, daß „einmal“ eingekleidet werden“ noch nicht so viel ist wie „verleihen“. Aber einmal eingekleidet werden und dreimal? Und dieser Einbildung Folge leisten? Und sich dieses „Verleihen“ in Briefen und mündlichen Äußerungen rühmen? Und eine lange Korrespondenz führen? Aber wie gesagt: Herr May mag ruhig verkehren, mit wem er will; ich beende keinen um seinen Umgang. Daß er „Babel und Bibel“ am Wiener Hofburgtheater unterbringen wollte, war natürlich nicht der springende Punkt meiner Behauptung, sondern daß er dies von ihm als „Drama“ bezeichnete Werkwerk durch die adeligen Kreise der österreichischen Hauptstadt anzubringen suchte. Man sieht, wie May repliziert: entweder kann er nicht beim Thema bleiben, oder er will nicht, jenes deute auf Mangel an Heiligkeit und Ehre, dies auf literarische Unfähigkeit. Herr May mag wählen.

Die Geschichte mit dem englisch redenden Amerikaner erzählt sich leider anders, als Herr May zu demselben beiliebt: es war eine schmerzliche Blamage. Davon später etwas mehr.

Ob Herr Rebuis den Dokortitel führt oder nicht, das ist hier gleichgültig. Uns genügt das Zugeständnis May's, daß sein „Doktor“ harmlos war, daß er sein „Diplom“ oder „höchsten Verheer“ hat vorlegen müssen und — daß er seitdem den Dokortitel nicht mehr führt. Wie ich sehe, führt Rebuis im „Kürschner“, sehr zum vorteilhaftesten Unterjische von May, den Dokortitel nicht; es







